

Die AfD – eine Portraitskizze

Es gibt keinen Zweifel, dass die AfD in der politischen Landschaft unserer Bundesrepublik Unruhe stiftet. Programm und Auftreten sind geradezu darauf ausgerichtet, diese Unruhe im Kampf gegen die „Altparteien“ zu befeuern. Ihre Argumente sind schlicht und eingängig, in der Diktion bewusst aggressiv und im Inhalt oft genug entgegen den Erkenntnissen der Wissenschaft. Ein zusätzliches Momentum gewinnt die AfD dadurch, dass sie die Kritik derjenigen aufgreift, die sich ohnehin schon von denen „da oben“ benachteiligt fühlen. Dieser Sachverhalt beschädigt den demokratischen Prozess in unserem Land nicht, sollte aber beachtet und im Lichte unserer Verfassung bewertet werden. Nachstehend werden aus der Fülle der Nachrichten über die AfD diejenigen aufgegriffen, die einen beredten Hinweis auf die „Grundkoordinaten“ dieser Partei geben. Im Einzelnen lassen sich folgende Beispiele anführen:

Zum Geschichtsverständnis

- (Progr) Die AfD fordert: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung“ aufzubrechen.¹⁾
- (2017) MdL Höcke: „Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt; wir wissen aber, dass es in der Geschichte kein Schwarz oder Weiß gibt“... „wenn die letzten Überlebenden gestorben sind, wird das zu einer neuen Sicht auf die Dinge führen“.²⁾
- (2018) MdB Gauland löste helle Empörung damit aus, dass „Hitler und die Nazis nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte sind“.³⁾
- (2017) MdL Höcke beklagte, wir seien das einzige Volk, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt habe und forderte eine erinnerungspolitische Wende um 180°.⁴⁾

Fazit: Die AfD ist überaus bemüht, den Blick von der Zeit des Dritten Reichs ab- und zur „Größe der deutschen Geschichte“ hinzuwenden. Es geschieht ohne Scheu davor, dass dadurch der verbrecherische Nationalsozialismus verharmlost wird und muss auch als Versuch verstanden werden, die Trauer- und Erinnerungskultur Deutschlands herab zu setzen. Dieser Umgang mit der Geschichte ist nicht nur unhistorisch, sondern viel mehr noch eine unentschuld bare Verhöhnung der Opfer.

Zum Antisemitismus

- (2016) Das Mainzer Landgericht verurteilte den Brandenburger AfD-Politiker Weiß wegen Judenhetze und stellte zudem fest, dass die AfD „letztlich nichts gegen die Judenhetze des Herrn Weiß unternommen habe“.⁵⁾
- (2018) Im diesem Jahr wurde die Gruppe „Juden in der AfD“ gegründet. Sie wird weder vom Zentralrat der Juden noch von 16 weiteren jüdischen Organisationen anerkannt, weil in der AfD „Judenhass und Relativierung bis zur Leugnung der Schoa ein Zuhause haben“.⁶⁾
- (2019) Nach dem Angriff auf die Synagoge in Halle wehrte MdB Meuthen eine Mitverantwortung für rechtsextreme Gewalt vehement ab. Die AfD sei eine durch und durch pro-israelische und pro-jüdische Partei, die sich mit Nachdruck für jüdisches Leben in Deutschland einsetze, das „für uns Bestandteil unserer Identität ist“⁷⁾... ungeachtet dessen, dass sich die AfD im Grundsatzprogramm gegen das (betäubungslose) Schächten ausgesprochen hat.⁸⁾
- (2019) Die demokratischen Fraktionen im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages haben die antisemitischen Tweets des Ausschussvorsitzenden MdB Brandner verurteilt.⁹⁾

Fazit: Das offenbar unausrott bare Phänomen der Judenfeindlichkeit versucht die AfD-Führung zu nutzen, um sich den Anstrich einer judenfreundlichen bürgerlichen Partei zu geben. Der Versuch scheitert aber schon daran, dass das Grundsatzprogramm eine Bestimmung enthält, die gegen einen wesentlichen Bestandteil der Glaubensausübung der Juden steht. Ebenso belegen oben angeführte Beispiele, dass der „Identitätsnachweis“ einem Täuschungsversuch der Öffentlichkeit sehr nahe kommt.

Zum Rassismus

- (2015) MdL Höcke hat über das Reproduktionsverhalten der Afrikaner nachgedacht, das sich solange nicht ändern werde, solange die Bundesrepublik bereit sei, diesen Bevölkerungsüberschuss aufzunehmen.¹⁰⁾

- (2016) Eine ähnliche Sichtweise vertritt MdB Gauland, dass man Jérôme Boateng nicht als Nachbarn haben wolle.¹¹⁾
- (2018) MdL Tillschneider verhöhnt das DFB-Team als „Mannschaft gewordenes Elend der Merkelrepublik“, „gescheitertes Integrationsprojekt“ und zusammen gewürfelte Söldnertruppe internationaler Vagabunden.¹²⁾
- (2019) MdB Jens Maier musste in diesem Jahr dem Künstler Noah Becker 7500 EUR Schmerzensgeld bezahlen, weil er ihn per Twitter als „kleiner Halb neger“ verunglimpft hatte.¹³⁾

Fazit: Derartig rassistische Bemerkungen werden ggf. auch in lockerer Runde als „Witzchen“ eingesetzt. Die AfD greift sie gerne auf, weil sie sich einerseits in ihrer fremdenfeindlichen Grundlinie bestätigt sieht, mehr aber noch um dem unverhohlenen „Provokationsgebot“ der Partei zu folgen. Dies ist eine schamlose Strategie, die geradezu „frontal“ gegen Geist und Buchstaben des Grundgesetzes verstößt.

Zur Fremdenfeindlichkeit

- (Progr) Die AfD sieht in der „Besiedlung Europas und besonders Deutschlands durch Menschen aus anderen Kulturen“ die konkrete Gefahr sozialer und religiöser Unruhen. Dazu will sie u.a. das individuelle Asylgrundrecht abschaffen, die Schutzstandards der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 senken und für aus politischen oder anderen Gründen geflüchtete Personen Schutz- und Asylzentren unter UN- oder EU-Mandat in afrikanischen und nahöstlichen Transitstaaten eingerichtet sehen.¹⁴⁾
- Erwähnt seien noch: (2016) Der auch innerhalb der AfD umstrittene Vorschlag, Flüchtlinge mit der Schusswaffe abzuwehren¹⁵⁾... (2017) das Verständnis des ehemaligen Richters Maier am Landgericht Dresden für den Attentäter A. Breivik, der aus Verzweiflung über den Multikulturalismus in Europa zum Massenmörder geworden sei¹⁶⁾... und schließlich die enge Zusammenarbeit der AfD mit Bewegungen wie Pegida¹⁷⁾ und Identitäre Bewegung¹⁸⁾, deren Fremdenphobie Kernanliegen ihrer Programme ist.

Fazit: Es ist nicht nur das Aufgreifen des in Teilen unserer Bevölkerung durchaus vorhandenen Grundgefühls gegenüber Fremden, sondern die blanke Menschenverachtung, mit der die AfD dieses Gefühl für ihre politischen Zwecke missbraucht. Abstoßend ist auch ihre Fantasie, wie Fremde - bis hin zur Abschaffung eines nicht abschaffbaren Grundrechtes - in Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Bewegungen abzuwehren seien.

Zur „Außenpolitik“

- (Progr) Die AfD tritt dafür ein, „die **Europäische Union** zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten“.¹⁹⁾ Sie behauptet zudem, dass internationale Organisationen ideengeschichtlich alte Utopien seien, deren Realisierung großes Leid über die Menschen gebracht habe.²⁰⁾

Fazit: Diese Vorstellungen einer Europapolitik ziehen sowohl aus der historischen Erfahrung unserer Bundesrepublik, als auch aus den weltweit politischen, wirtschaftlichen und mit dem Klimaschutz verbundenen Herausforderungen die völlig falschen Schlüsse. Zum einen ist unser Land seit 70 Jahren in ein sehr erfolgreiches „EU-Friedensprojekt“ eingebettet, zum anderen sind die Herausforderungen national nicht zu beherrschen. Es war klug und weitsichtig, das Ziel eines vereinten Europas in unsere Verfassung aufzunehmen.²¹⁾ Die EU genießt in Deutschland eine hohe Zustimmungsrate von 80%.²²⁾

- (Progr) Das Verhältnis zu **Russland** hat in der AfD einen erstaunlich hohen Stellenwert, „denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht gelingen“.²³⁾ So richtig und unverdächtig dieser Gedanke ist, so sehr trägt er offensichtlich Früchte für beide Seiten. Für die AfD durch z.B. vermittelte oder sogar bezahlte Reisen für AfD-Politiker.²⁴⁻²⁶⁾ Für Russland durch die wiederholte Forderung der AfD, die Sanktionen gegen Russland zu beenden²⁷⁾... bis dahin, dass nach international gestützter Recherche ein Strategiepapier in der Moskauer Präsidentschaftsverwaltung kursierte, wonach über AfD-Verbindungen auf die Destabilisierung von EU-Staaten hingearbeitet werden sollte.²⁸⁾

Fazit: So sehr jede Partei eigene Vorstellungen für die von ihr bevorzugte Außenpolitik haben darf und in den demokratischen Dialog einbringen sollte, so sehr sollte sie die Absichten ihres Partners prüfen. Im Falle Russlands ist spätestens seit der Annexion der Insel Krim offenbar geworden, dass es bereit ist, viel zu investieren, um die westlichen Demokratien zu destabilisieren.²⁹⁾ Insbesondere sollte die Annahme von Vergünstigungen (... sollten es auch nur die Reisen gewesen sein?!) nicht mit der naiven Vorstellung verbunden sein, dafür keine Gegenleistung erbringen zu müssen.

Zur Kooperationspolitik im rechten Milieu

- (Schrei) MdL Tillschneider: " Wir halten die Grenzen unserer Partei durchlässig, wir schließen Bündnisse mit Bürgerbewegungen und Widerstandsgruppen jeder Art, da ist Pegida, da sind Burschenschaften, da ist die Identitäre Bewegung (IB), da sind Bürgerinitiativen, da ist Schnellroda"³⁰⁾
- (2018) Die AfD-Vorsitzenden Gauland und Meuthen haben sich für eine erneute Zusammenarbeit mit der rechtspopulistischen und islamfeindlichen Pegida-Bewegung ausgesprochen.³¹⁾
- (2019) Der Verfassungsschutz hat die Identitäre Bewegung als rechts-extremistisches Beobachtungsobjekt eingestuft... Innenpolitiker begrüßen die Entscheidung und kritisieren, dass die AfD Vertreter dieser Bewegung als Mitarbeiter beschäftigt.³²⁾
- (2018) Seit mehr als zwei Jahren erhält die AfD millionenschwere Wahlkampfhilfe aus dem Ausland, was zu einem Prüfverfahren der Bundestagsverwaltung geführt hat.³³⁾
- (2019) Savoini, Vertrauter des italienischen Innenministers Salvini: "Wir wollen Europa verändern, ein neues Europa muss RUS nahestehen"... Salvini sei der erste Mann, der Europa verändern wolle, zusammen mit Verbündeten wie der AfD, der FPÖ, Marine Le Pen und Viktor Orbán, die alle für RUS seien.³⁴⁾

Fazit: Bei diesen nationalen und internationalen Partnern der AfD handelt es sich um Vertreter einer Denkschule, deren demokratisches und rechtsstaatliches Verständnis zweifelhaft, ihre Programme nicht frei von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind. Allein schon diese Tatsache lässt Zweifel an der demokratischen Zuverlässigkeit der AfD zu.

Zur Parteiorganisation

- (Schrei) In der AfD herrscht u.a. ein Gebot: Treue beweist und Vertrauen gewinnt, wer etwas tut, was den Rückweg in die Mehrheitsgesellschaft verbaut.³⁵⁾
- (Schrei) Die Basis schätzt die derbe Rede, weil sie als Beweis gilt, dass sich der Funktionär nicht hat verbiegen lassen und der Sache treu geblieben ist.³⁶⁾
- (Schrei) Vom Bundesparteitag gewählte Schiedsgerichte der AfD haben mehrere vom Parteivorstand angestrebte Verfahren auf Parteiausschluss abgelehnt.³⁷⁾
- (2019) MdEU Meuthen hat den rechtsnationalen „Flügel“ seiner Partei zu einer klaren Distanzierung von extremistischen Tendenzen aufgerufen... ansonsten sei der "Flügel" eine ganz normale Parteiströmung, "dezidiert nationalkonservativ, aber auf dem Boden der Verfassung"... ähnlich entspannt beurteilt er die Umtriebe der Identitären Bewegung.³⁸⁾

Fazit: Oben angeführte Treue-Gebote erinnern an Organisationen, die ihren Zusammenhalt auf ähnlich perfide Art erzwingen... seltsam für eine Partei „freier Bürger und überzeugter Demokraten“!³⁹⁾ Die Angehörigen der Schiedsgerichte werden vom Bundesparteitag gewählt und sind vermutlich aus dem „richtigen Holz“ geschnitzt. Die Mahnung und Vertrauenserklärung von MdEU Meuthen gegenüber dem „Flügel“ der Partei muss angesichts der Einstufung zum Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz⁴⁰⁾ als eine rein „taktische Maßnahme“ bewertet werden.

Zur Öffentlichkeitsarbeit

- (Schrei) Unter denen, die für die Pressearbeit verantwortlich waren, gab es einen Wettbewerb, wer die polarisierendsten Formulierungen und Grafiken produzierte.⁴¹⁾
- (2016) In einer E-Mail an die Parteimitglieder hat die Vorsitzende der AfD geschrieben, dass "provokante Aussagen" unerlässlich seien, "um sich medial Gehör zu verschaffen"... habe man erst die Aufmerksamkeit, könne man korrigieren.⁴²⁾
- (2018) Die AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag hat ihr umstrittenes Internetportal, auf dem Schüler und Eltern AfD-kritische Äußerungen der Lehrer melden können, frei geschaltet.⁴³⁾
- (2018) AfD-MdB Boehringer, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, hat die BK'in als "Merkel-nutte" beleidigt und das BVG als "Hure Justizia".⁴⁴⁾
- (2018) Das Berliner Landgericht hat die AfD dazu verurteilt, eine Richtigstellung zu veröffentlichen: Die Partei hatte behauptet, das Bundesumweltministerium habe den Präsidentschaftswahlkampf von Hillary Clinton mitfinanziert.⁴⁵⁾
- (2018) Das Richterdienstgericht in Karlsruhe hat den früheren Staatsanwalt und AfD-MdB Seitz wegen Verletzung der Vorschriften zum Beamtenstatus aus dem Beamtenverhältnis entfernt, weil er im Internet u.a. Begriffe wie "Quotenneger" und "Gesinnungsjustiz" gepostet hatte.⁴⁶⁾
- (2019) Parteichef Gauland hat die Mitglieder der Partei aufgefordert, mit öffentlichen Äußerungen vorsichtig zu sein... die AfD besitze zwar "Mut zur Wahrheit", sie sei aber nicht gegründet worden, um "einen Raum zu schaffen, in dem jeder alles sagen kann".⁴⁷⁾

Fazit: Dieser Arbeitsbereich der AfD ist gekennzeichnet u.a. durch Herabsetzung, Ausgrenzung, Hetze, Beleidigungen, Falschinformationen und Förderung des Denunziantenwesens innerhalb öffentlicher Institutionen. Inzwischen bemüht sich die Parteiführung, den Geist, den die AfD von Anfang an aus der Flasche ließ und der sich in der verwahrlosten Form seiner Sprache bis heute ungeniert breit macht, wieder einzufangen. Dieses geschieht aber nicht aus Einsicht in den unleugbaren Zusammenhang zwischen aufhetzender Sprache und daraus entstehender Gewalt, sondern allein aus Angst vor dem Verbot der Partei. Durs Grünbein, ein sehr anerkannter Kenner der Macht des Wortes, vergleicht die Wirkung der Sprache mit einem „Brandbeschleuniger“, um dann festzustellen, dass den Handgreiflichkeiten, die heute bei Demonstrationen zu sehen sind, die Hetzformeln der Demagogen voraus gingen. Das war in Zeiten von Rotfront und SA nicht anders als heute.⁴⁸⁾ Nicht näher behandelt wurden in dieser Portraitskizze zwei Schwerpunktthemen der AfD, wie z.B. „Klimaschutz“ und „Islamfeindlichkeit“, weil deren Positionen auf der Hand liegen und keiner weiteren (politischen) Bewertungen als die bereits angedeuteten bedürfen.

Schlusskommentar

Die AfD ist von gut einem Zehntel der Bürger Deutschlands gewählt worden und damit legaler und legitimer Teil unserer politischen Landschaft. Dieses gilt es zur Kenntnis zu nehmen. Es stellt sich nunmehr die Frage, wie mit dieser Partei umzugehen ist, die - abgesehen von o.a. Informationen - sogar einen gerichtlich festgestellten Faschisten wie MdL Höcke⁴⁹⁾ in einer Schlüsselposition hält? ... und die mit einer kleinen Anfrage im Deutschen Bundestag schlimme Erinnerungen hochkommen lässt, weil sie geklärt haben möchte, welche volkswirtschaftlichen Verluste nach Schätzungen der Bundesregierung durch die nicht genutzten Erwerbspotenziale von Menschen mit psychischen Erkrankungen (...) verbunden sind?⁵⁰⁾

Die oben wiedergegebenen Informationen sind nur eine kleine Auswahl der vielen bemerkenswerten Vorgänge, an denen relevante Vertreter dieser Partei zumindest beteiligt waren. Sie weisen insgesamt ein Denkmuster auf, das den souveränen Nationalstaat in den Mittelpunkt stellt, nach außen ein Bündnis mit alles andere als überzeugenden Demokraten pflegt und nach innen mit einer rüden, Menschen verachtenden, durch Hetze gegen Fremde und einer mit Rassismus und Antisemitismus angereicherten Sprache die Aufmerksamkeit sucht (...und findet!). Abgesehen davon, dass die Wissenschaft einen unübersehbaren Zusammenhang zwischen dem aggressiven Wort und der Gewalttat sieht, ist es die Kaltschnäuzigkeit, mit der gewachsene Regeln unserer Kultur und deren zivilisatorische Errungenschaften herabgewürdigt und Menschen in ihren Gefühlen verletzt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist weit davon entfernt, die von der AfD beklagten „vorrevolutionären Zustände im Lande“ aufzuweisen, die einen derartig destruktiven Umgang mit unserer Gesellschaft auch nur andeutungsweise rechtfertigen könnte.

Ein gängiges Argument ist „sie sind doch aber nach unseren demokratischen Regeln gewählt!“ Dem kann am fairsten dadurch entsprochen werden, dass man den Dialog mit ihnen nicht scheut... allerdings unter der Bedingung, dass die Argumente in einem sachlichen Streitgespräch ausgetauscht werden können. Das Grundprogramm liefert tatsächlich Punkte, die diskussionswürdig sind. Worüber es aber keinerlei Verständigung geben kann, ist die Methode, mit der diese Partei ihren „Kampf“ um eine politische Mehrheit führt. Wer für sich beansprucht, Demokrat auf dem Boden unseres Grundgesetzes zu sein, darf sich die vielen schwerwiegenden „Verstöße“ gegen dessen Geist und Buchstaben nicht erlauben.

Die Identifikation mit allem, was unsere Bundesrepublik ausmacht - ob aus Anerkennung dessen, was wir erreicht haben oder aufgrund der Kenntnis unserer jüngeren Geschichte - bedarf dieser Auswüchse national-präpotenten Denkens alter Zeiten nicht. Diese Haltung widerspricht unserem demokratischen Selbstverständnis... wir können sie uns angesichts der grenzüberschreitenden Herausforderungen auch einfach nicht mehr leisten!

„Nationalismus ist der Versuch, vor der Zukunft in die Vergangenheit zu entfliehen“ (Manfred Rommel, ehem. OB von Stuttgart)

QUELENNACHWEIS

- 1) Grundsatzprogramm Kap. 7/ 7.4/ S.48
- 2) DIE ZEIT 09.03.2017 (Interview im Wall Street Journal)
- 3) FAZ 02.06.2018
- 4) Tagesspiegel 19.01.2017 (berühmte Rede vom 17.01.2017 in Dresden!)
- 5) dpa 13.04.2016
- 6) FAZ 12.10.2019
- 7) Die Welt 12.10.2019
- 8) Grundsatzprogramm Kap. 13/ 13.4/ S.87
- 9) Spiegel 16.10.2019
- 10) Süddeutsche Zeitung 12.12.2015
- 11) Spiegel 29.05.2016
- 12) google 15.07.2018 (YouTube-Video)
- 13) Spiegel 02.09.2019
- 14) Grundsatzprogramm Kap. 9/ 9.1.1/ S.59-60
- 15) Spiegel 30.01.2016
- 16) Spiegel 20.04.2017
- 17) Spiegel 04.03.2018
- 18) dpa 11.07.2019
- 19) Grundsatzprogramm Kap. 2
- 20) Grundsatzprogramm Kap. 2/ 2.2/ S.17
- 21) Grundgesetz Präambel
- 22) Europäisches Parlament/ Eurobarometer 90.1
- 23) Grundsatzprogramm Kap. 4/ 4.3/ S.31
- 24) Spiegel 21.01.2017
- 25) Spiegel 09.03.2018
- 26) Spiegel 21.05.2018
- 27) Die Welt 18.06.2017 und Wahlprogramm 2017 (Spiegel 09.03.2017)
- 28) Spiegel 05.04.2019 und 07.04.2019
- 29) DIE ZEIT 20.11.2014/ 26.02.2015/ 12.03.2015
- 30) Franziska Schreiber (Inside AfD, S.137)
- 31) Spiegel 22.02.2018
- 32) dpa 11.07.2019
- 33) Spiegel 21.07.2018
- 34) Spiegel 11.07.2019
- 35) Franziska Schreiber (Inside AfD, S.57)
- 36) Franziska Schreiber (Inside AfD, S.53)
- 37) Franziska Schreiber (Inside AfD, S.189-195)
- 38) dpa 20.07.2019
- 39) Grundsatzprogramm/ Präambel / S.6
- 40) dpa 15.01.2019
- 41) Franziska Schreiber (Inside AfD, S.90)
- 42) Spiegel 04.06.2016
- 43) dpa 23.10.2018
- 44) Spiegel 04.03.2018
- 45) Spiegel 31.07.2018
- 46) Spiegel 19.09.2018
- 47) Spiegel 07.07.2019
- 48) DIE ZEIT 10.01.2019
- 49) Spiegel 28.09.2019
- 50) Spiegel 05.11.2019 und Deutscher Bundestag (Drucksache 19/12218) vom 07.08.2019

